

I 160/2009 (DBK)

Interpellation Susan von Sury-Thomas (CVP, Solothurn): Massnahmen zur Verbesserung der Berufswahlchancen von Migrantenkinder durch Berufsorientierungsanlässe für deren Eltern (02.09.2009)

Die Bevölkerung ist über die zunehmende Jugendkriminalität zu Recht stark beunruhigt. Der Anteil straffälliger Jugendlicher unter der ausländischen Wohnbevölkerung ist besonders hoch. Es ist nachgewiesen, dass Schulabgänger, die keine Lehrstelle finden und im kritischen Alter zwischen 15 und 20 Jahren keiner sinnvollen Beschäftigung nachgehen können, besonders anfällig sind, mit dem Gesetz in Konflikt zu kommen. Sie sind unterfordert, es fehlen ihnen ausserhalb des Elternhauses Strukturen und Führung. Die in letzter Zeit von rechter Seite geforderten drakonischeren Strafen für Straffällige und Verstärkungen der Polizeikorps, mögen berechtigt sein, bleiben aber Symptombekämpfung. Es gilt, die Ursachen der Probleme an der Wurzel anzupacken.

Eine Hauptursache der durch ausländische Jugendliche verursachten Probleme liegt bei Familienkonflikten und einem eklatanten Gefälle zwischen dem autoritären Elternhaus und einer permissiven Gesellschaft. Dies gilt insbesondere für Zuwanderer aus Südosteuropa und Asien. Viele Migrantenfamilien stammen aus einem Umfeld, wo handwerkliche Berufe kein Prestige haben, daher drängen Eltern ihre Kinder in Richtung «white-collar-jobs», für welche den Jungen das Rüstzeug fehlt. Die Zugewanderten wissen nicht, dass bei uns eine Berufslehre eine ausgezeichnete Basis für eine Karriere ist und dass viele der erfolgreichsten Schweizer ohne Uni-Abschluss eine glänzende Laufbahn einschlagen. Die oft sprachunkundigen Eltern kennen Schweizer Berufs- und Wertsysteme kaum und setzen ihre Kinder unter Druck. Die Jugendlichen sind dem doppelten Druck, einerseits der Schule, in der sie schlechtere Startchancen haben und andererseits der Erwartungen ihrer Eltern, oft nicht gewachsen; es erfüllt sie ein Gefühl der Wertlosigkeit und sie versagen vollständig. Es ist ausserordentlich wichtig, diese Negativspirale aufzuhalten, indem die Migranteltern früh über unsere Berufswerte sowie das Ausbildungs- und Karrieresystem informiert werden.

Wenn früh orientiert wird und aktiv Brücken geschlagen werden zwischen traditionellen ausländischen Elternhäusern und unserem schweizerischen System, verbessern sich die Berufswahlchancen ihrer nur äusserlich halbwegs integrierten Kinder. Für die Jugendlichen mit Migrationshintergrund vermindert sich damit das Risiko zu scheitern oder gar gewalttätig zu werden. Hohe Folgekosten können eingespart werden.

Wenn wir die Ausländerzahlen im Kanton Solothurn anschauen, wird uns bewusst, dass es sich dabei nicht um ein marginales Problem handelt. Die durchschnittliche ausländische Wohnbevölkerung im Kanton betrug 2008 20% gegenüber 12% 1985. In einzelnen Gemeinden liegt der Anteil Ausländer und Ausländerinnen bei 40%. Wenn wir nur das Alterssegment zwischen 10 und 50 Jahren betrachten, in dem sich die obgenannten Vorgänge abspielen, liegt der Anteil der ausländischen Bevölkerung bei etwas 30%, in einzelnen Gemeinden bei über 50%. Schon aufgrund einer quantitativen Betrachtung, ist damit die Bedeutung eines gelungenen Berufseinstieges junger Ausländerinnen und Ausländer offensichtlich.

Der Regierungsrat wird daher aufgefordert, die folgenden Fragen zu beantworten:

1. Treffen die geschilderten Zusammenhänge zu?
2. Hält es die Regierung für wichtig, die Eltern von Migrantenkindern in deren Berufswahlvorbereitungen einzubeziehen?
3. Könnten durch geeignete Massnahmen im Bereich Berufsorientierung Folgeprobleme im Zusammenhang mit Gewaltanwendung und Kriminalität vermieden werden?
4. Bestehen bereits Programme zum Einbezug ausländischer Eltern in die Berufsorientierung für ihre Sprösslinge?
5. Was denkt die Regierung von einer Einführung von Berufsorientierungsanlässen für Migrantenkinder und deren Eltern vom 5. Schuljahr an?
6. Ist die Regierung auch der Meinung, dass solche Anlässe separat für verschiedene Sprachgruppen (z.B. albanisch, türkisch, tamilisch) und mit Übersetzung durchgeführt werden sollten?
7. Kann die Beteiligung der Eltern an solchen Anlässen als obligatorisch erklärt werden?
8. Was wären die Kosten für flächendeckende und sprachspezifische Berufsorientierungsanlässe der geschilderten Art?
9. Gedenkt die Regierung Berufsorientierungsanlässe einzuführen, wann könnten diese beginnen?

Begründung (02.09.2009): Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Susan von Sury-Thomas, 2. Markus Flury, 3. Georg Nussbaumer, René Steiner, Rolf Späti, Peter Brotschi, Susanne Koch Hauser, Roland Heim, Konrad Imbach, Claudio von Felten, Andreas Riss. (10)